

# Cööbecker Volksbote

## Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der "Cööbecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeschaltene Zeitung oder deren Raum 40 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pf., auswärtige Anzeigen 45 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 113.

Donnerstag, den 16. Mai 1918.

25. Jahrg.

### Blinde Gesetzgeber.

Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie zuvor mit Blindheit! An diesen Satz eines römischen Dichters müssen wir denken, wenn wir das Resultat übersehauen, welches die Abstimmung des Preußischen Abgeordnetenhaus zur dritten Lesung der Wahlrechtsvorlage gebracht hat. Doch halt, hier wollen wir unsere Betrachtung abbrechen, um zunächst noch einmal kurz die Tatsachen festzustellen, an die wir den Satz anknüpfen wollen.

Im Preußischen Abgeordnetenhaus, das heißt in einem sogenannten Parlament, dessen Mitglieder auf Grund des „elendesten aller Wahlsysteme“ zu ihren Mandaten gekommen sind, kann eigentlich kein Abgeordneter, der nicht aus der nahezu völligen Einstimmigkeit seiner Wahlmänner hervorgegangen ist, behaupten, daß er die Mehrheit der Wähler in seinem Wahlkreise vertritt. Minderheitsvertreter sind sie mindestens zu Fünftschtel, alle die Herren, die mit dem Mandate als preußische Abgeordnete prunkten. Diese merkwürdigen Volksvertreter haben nun die Aufgabe gehabt, einen Wunsch, einen uralten Wunsch des preußischen Volkes zu erfüllen, um so einen blödsinnigen Zustand zu beseitigen und der großen Entwicklung Rechnung zu tragen, die durch die Umwandlung der Weltrevolution über Preußen und Deutschland gekommen ist. Was das Volk verlangte, war eine Notwendigkeit. Auch der Monarch Preußens, Wilhelm II., hat diese Notwendigkeit anerkannt. Er steht auf Grund zweier feierlicher Erklärungen verbunden da mit dem Volke Preußens hinter der Forderung des gleichen Wahlrechts. Unter diesen Umständen war es beinahe selbstverständlich, daß die Leute, welche sich nur infolge eines Rechtsbruchs früherer Jahre fälschlich Volksvertreter nennen können, an die Aufgabe, das gleiche Wahlrecht für Preußen zu schaffen, nur mit dem festen Entschluss herantreten konnten, das reine, klare und sichere Wahlrecht in einem guten Gesetze ohne Drehen und Deuteln festzulegen. Ihre ganzen Bemühungen durften sich eigentlich, wenn die Leute auch nur das mindeste Verantwortungsgefühl hatten, in der Richtung bewegen, ein gutes Wahlrecht, eine volkstümliche Organisation des neuen Preußenparlaments zu schaffen, die vom Scheitel bis zur Sohle vom Geiste des gleichen und allgemeinen Wahlrechts beherrscht war.

Die Mehrheit der Leute im Preußenhaus hat jetzt, etwa ein Jahr hindurch, ihre vollständige Verständnislosigkeit gegenüber den Ereignissen der Zeit, ihre vollständige Unfähigkeit für die Aufgabe denkender Volksvertreter erwiesen. In einer geradezu unerhörten Weise hat sie von vornherein Verhandlungen über das Wahlrecht verschleppt und dabei eine Reihe von Komödien aufgeführt, welche der trittige und vorurteilslose Beurteiler nur als Verhöhnung des Volkswillens und, so weit die angeblich so königstreuen Konservativen in Frage kommen, auch als dreisten Junkertrotz gegen die sonst so gefeierte Monarchie bezeichnen kann. Wir wollen uns versichern, an dieser Stelle noch einmal auf die verschiedenen Stadien dieser schmachvollen parlamentarischen Tätigkeit hinzuweisen, denn sie sind schon durch die Berichte eingehämmert in das Bewußtsein der großen Mehrheit des Volkes. Wir begnügen uns, noch einmal festzustellen, daß die Mehrheit dieser Minderheitsvertretung in einer zweiten Lesung des Gesetzes das gleiche Wahlrecht verwirkt und daß sie nun in der dritten Lesung von der Gelegenheit, ihre Sünden wieder gut zu machen, obendrein den verkehrtesten Gebrauch gemacht hat.

236 Abgeordnete haben die Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage abgelehnt, für welche nur 185 eingingen. Diese 236 haben sich damit gegen das preußische Volk, gegen den preußischen König, gegen die gesunde Vernunft und gegen die Bedürfnisse der Zeit erklärt. Über den Herren war es mit dieser Abstimmung noch nicht genug, und so töbten sie, nachdem das ungeheure Ereignis festgestellt war, mit wechselnden Gruppierungen weiter gegen ihr eigenes Kind, und so haben sie mit schwankenden Majoritäten hernach auch noch alle anderen Beschlüsse, welche das Wahlrecht in irgendeiner Weise festlegen sollten, in die Unterwelt gesandt.

Wenn schon Parlamentarier Gegner eines gleichen Wahlrechts sind, so kann man doch unter Umständen von ihnen verlangen, daß sie wenigstens festlegen, wofür sie sind. Aber auch dieser Ausgabe haben die Herren nicht genügen können und so zeigt sich, daß die Vorlagen, welche bestimmt waren, das Wahlrecht in Preußen zu regeln, alles mögliche festlegen, aber nur eins nicht, das Wahlrecht in Preußen. Würde erst das Volk verhöhnt und verpottet, so stellt dieser Ausgang der dritten Lesung noch dazu eine Veropotzung der eigenen Unfähigkeit dar. Es ist das eine Unfähigkeit, die sich letzten Endes nur aus dem jämmerlichen Wahlrecht heraus erklärt, dem diese angeblichen Volksvertreter ihre Mandate verdanken. Bleiben wir bei den Tatsachen, so können wir kurz sagen: Abgelehnt ist das gleiche Wahlrecht, abgelehnt ist das Plurawahlrecht, abgelehnt ist der Kompromißgedanke des gleichen Wahlrechts mit Zulage von Altersstimmen und abgelehnt sind die berühmten Sicherungen, mit denen gewisse demagogische Politiker das gleiche Wahlrecht einschränken wollten. Das unfähige Preußischen Parlament hat es jetzt gebracht, eine Wahlrechtsvorlage aufzubauen, ohne jede Bestimmung über irgendwelche Form des Wahlrechts!

Es gibt nun noch Leute, die auf die verfassungsmäßig

berechtigt ist, wissen wir nicht. Bei der Unfähigkeit, welche dieses Parlament bisher im Guten und im Schlechten erwiesen hat, ist die Vermutung erlaubt, daß das Gesetz ohne Inhalt auch in der vierten Lesung, die für ein derartiges Gesetz vorgeschrieben ist, ein Gesetz ohne Inhalt bleibt. Auch die von anderen gehoffte Hoffnung, daß vielleicht das Herrenhaus, dem man politische Einsicht doch nicht nachdrücken kann, unter dem Druck der Krone die Torheiten des Abgeordnetenhauses korrigieren werde, scheint uns mindestens fadenscheinig. Darum halten wir uns heute nur an die Tatsache, daß das Parlament der preußischen Minderheit mit großer Mehrheit dem Volke, dem Könige und der Vernunft einen brutalen Schlag verzieht hat.

So etwas haben die Leute gewagt in einer Zeit, in der draußen an den Fronten das Volk ohne Unterschied der Klassen sein Leben, seine gesunden Gliedmaßen und das Glück von Tausenden und Tausenden von Familien zum Opfer bringt, um einen Staat zu erhalten, den diese bedenklichen Helden hinter der Front in dem Augenblide, wo sie ihn ausbauen und verbessern sollen, aufs neue zu verschanden bemüht sind. Ein Schrei der Empörung geht darüber durch das Land und einen Schrei der Empörung hört man als Echo wieder erklingen von den preußischen Bürgerheeren, die draußen ihr Bestes leisten und ihr Höchstes einsetzen.

Auch die Haltung der preußischen Minister, welche dazu bestimmt waren, diese Wahlrechtsvorlage zu schern, ist alles andere, denn mutig oder gar tuhwooll. Wenn Herr Dr. Friedberg erklärt, daß die Regierung am gleichen Wahlrecht festhalte und es mit allen verfassungsmäßigen Mitteln durchsetzen wolle, dann hat sie doch in diesem Augenblick die Gelegenheit, ihren Willen zu beweisen. Taten waren hier nötig, nicht Worte! Auf den Hohn der Mehrheit dieser Minderheitsvertreter gab es für die Regierung des gleichen Wahlrechts nur eine richtige Antwort: Auflösung und Appell an das Volk!

Schwächer und unverständlich ist die Haltung einer Regierung, welche unter solchen Umständen noch auf das Herrenhaus hofft und welche selbst, wenn das nicht gelingen sollte, bekannt, daß sie auch dann nicht an eine sofortige Auflösung, sondern an eine Auflösung in fernen Tagen denke. Wenn die Herren „Wahlrechtsminister“ nicht mehr können, so sollen sie gehen. Wenn sie parlamentarisch empfinden und aus Respekt vor der Mehrheit die Auflösung nicht wagen, dann müssen sie wenigstens parlamentarische Konsequenzen ziehen und ihr Mandat in die Hände des Königs legen. Hält der dann fest an seinem Worte, so wird er ein Ministerium von Männern bilden, welche anders für das Wahlrecht eintreten als die Friedberg und Hertling, sollte er aber vor den Folgerungen aus dem Königsworte zurücktreten, so muß er denen die Ehre geben, die im Abgeordnetenhaus siegten, den Gegnern des Wahlrechts. Bis jetzt ist Herr v. Heydebrand der Sieger, und darum steht der König vor der Wahl: Auflösung oder Heydebrand.

Uns kann's recht sein. Das Wahlrecht kommt doch. Soll es eben nach dem Willen dieser Herren im Ministerium und im Dreiklassensaale nicht auf dem Wege der organischen Entwicklung erzielt werden, welche im Interesse des Landes, des Staates und des Königs liegt, dann wird es sich durchsetzen im Sturm. Je toller das Abgeordnetenhaus sich gegen den Willen des Volkes vergeht, desto schärfer und klarer wird sich der Wille des Volkes hernach in dem Gesetz, das schließlich durchgezwungen wird, befinden. Mögen darum die Wahlrechtsverderber an den Satz denken, mit dem wir unsere Betrachtungen einleiteten: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie zuvor mit Blindheit! Je schlechter Ihr das Wahlrecht behandelt, desto besser wird's noch werden!

### Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 15. Mai, abends. (Umfällig.)  
Bei der Abwehr des heute früh erfolgten feindlichen Angriffs nördlich vom Kemmel blieb eine begrenzte Einbruchsstelle in unserer Vorderfront zurück.

Ein erneuter starker Feindangriff der Franzosen nordwestlich von Moreuil scheiterte unter schweren Verlusten.

Wien, 15. Mai. (Umfällig.)  
Im Gebiet des Monte Corno haben sich erneut örtliche Kämpfe entwickelt, wobei sich der Italiener in einem unserer Feldwachtturme festigte.

Ergebnisse zur See.  
Vor dem Hafen von Pöla wurde ein italienisches Torpedomotorboot versenkt.

Wie die litauische Frage „gelöst“ werden soll.

Aus Dresden meldet ein Privattelegramm des „Hamb. Correspond.“: Die litauische Frage steht nahe vor der Entscheidung. Die Kandidatur des Herzogs von Utach ist fallen gelassen worden und nur noch die Frage einer sächsisch-litauischen Verbindung wird zur Zeit erörtert. Wie die „Dresdner Neuesten Nachrichten“ von sehr gut unterrichteter Seite aus Berlin hören, hat man an besonders maggedener Stelle sich gegen alle Provinzkandidaten in Litauen so nachdrücklich ausgesprochen, daß die Frage

jetzt nur noch lautet: Entweder Personalunion Sachsen-Litauen oder garnichts. So werden die sächsische Regierung und der König binnen kürzester Frist sich vor die Entscheidung gestellt sehen. Wie sich die Regierung verhalten wird, ist noch unbekannt, man scheint aber in Berlin bestimmt damit zu rechnen, daß sowohl der König als auch die Regierung schließlich bei der Personalunion zustimmen wird.

Wie unser Dresdner Mitarbeiter hierzu noch weiter erfährt, hat die Regierung über diese Frage auch im Landtag sondiert; in der Ersten Kammer scheint ein großer Teil dafür zu sein, während man in der Zweiten Kammer nicht gerade davon überzeugt ist, abgesehen von den Konservativen und einigen wenigen Nationalliberalen. Die ganze sächsische Presse mit zwei oder drei Ausnahmen hat den Plan gleichfalls strikt abgelehnt unter Hinweis auf die übeln Erfahrungen Sachsen bei der sozialistischen Personalunion. Man sieht auch schlechterdings nicht, welcher Vorteil Sachsen aus der ganzen Verbindung entstehen könnte.

Hoffentlich wird dieser Plan zu Wasser, da er nicht im Interesse Deutschlands und Sachsen liegt.

### Kampf zwischen Bolschewisten und Anarchisten.

Nach einer Neuermeldung begann in der Nacht zum Dienstag in Moskau ein blutiger Kampf zwischen Bolschewisten und Anarchisten. Die Sowjettruppen umgingen die Gebäude der Anarchisten, darunter ihr Hauptquartier, den früheren Kaufmännischen Club, worauf eine große schwarze Fahne mit der Aufschrift „Anarchie“ weht. Die Anarchisten lehnten die Übergabe ab und verteidigten sich mit Gewehren, Panzerwagen und Handgranaten. Ähnliche Kämpfe fanden in den anderen Straßen statt. Die sogenannten anarchistischen Föderalisten zogen nach halbstündiger Beschließung die weiße Flagge. Die heiterseitigen Verluste sind bisher nicht bekannt. Beim Kreml, dem Sitz der Volkskommissionen, sind viele Geschütze aufgestellt. Gestern mittag dauerte der Kampf noch an.

### Aus der Ukraine.

Aus Kiew wird gemeldet: Trotz Einführung der Senatsregierung dauert die Presseagitation gegen die Mittelmächte fort, die deutsche Politik will Sewastopol als deutsche Flottenbasis verwenden. Deutschland requirierte Kohlevorräte und wollte ukrainische Handelsschiffe für seine Zwecke billig kaufen. Der Ausgang zum Asowschen Meer sei durch deutsche Minen gesperrt worden. Die Regierung tritt dieser Hetzarbeit entgegen.

### Der Kriegszustand über Odessa verhängt.

Aus Kiew wird der „B.Z.“ gedreht: Im Einverständnis mit den österreichischen Behörden verhängte der Gouverneur-Kommandant von Odessa den Kriegszustand über das ganze Gouvernement. Österreichische Truppen werden auf Aufruhr der Gouvernementskommandanten, Bezirkskommandanten und Stadtkommandanten voll unterstützen. In Sekaterinoslaw wurden von österreichischen Behörden vier Zeitschriften geschlossen, einige Redakteure und Nummernmitglieder verhaftet. Der Arbeitsminister Wagner teilte dem Vorsitzenden des Rates der Ukrainer-Arbeiterdeputierten mit, daß der Ministerrat beschlossen habe, mit Rücksicht auf die angeblichste Lage den Kongress der Arbeitersvertreter nicht zuzulassen.

Deutsch-russischer Notenwechsel über die Besetzung der Krim. Reuter meldet aus Moskau: Zwischen der russischen und deutschen Regierung stand über die Besetzung der Krim ein Notenwechsel statt. Im Namen der deutschen Regierung erklärte Graf Mirbach, daß Sewastopol in Abwehr des Angriffes der Schwarzen-Meer-Flotte gegen Cherson und Nikolajew besetzt worden sei. Die deutsche Regierung sicherte jedoch der Krimmer Bevölkerung das Recht zu, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden. Uchitschkin, der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten erwiderte dem Grafen Mirbach, daß die Feindseligkeiten nicht mit Wissen der russischen Regierung, sondern durch einige von der Schwarzen-Meer-Flotte bedrangte Schiffe zum Ausbruch gekommen seien.

### Die Trennung Nordkaukiens von Russland.

(Meldung der Agentur Michdi.) Die bevollmächtigten Delegierten der Regierung der Vereinigung der Eingeborenen Nordkaukiens richteten an alle Regierungen folgende Note:

Die unterzeichneten Delegierten der Regierung der Vereinigung der Eingeborenen Nordkaukiens haben die Note, allen Regierungen folgendes zur Kenntnis zu bringen: Die Völker Nordkaukiens wählten eine regelrechte Nationalversammlung, welche auf ihrer Tagung im September 1917 die Gründung der Vereinigung der Eingeborenen Nordkaukiens verkündete und die Vollzugsgewalt der gegenwärtigen Regierung anzuerkennen, welche die Unterzeichneten zu ihren Mitgliedern zählt. Indem die Regierung der Vereinigung der Eingeborenen Nordkaukiens angeht, der in Russland herrschenden Anarchie von dem Rechte der Selbstbestimmung Gebrauch macht, welches von der Petersburger Regierung selbst allen Völkern des ehemaligen Zarenreiches zugesprochen wurde, sagten sie folgende Bedingungen: Erstens: Die Vereinigung der Eingeborenen Nordkaukiens bestätigt die Trennung von



# Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donderstag, 16. Mai.

Die Parteiversammlung findet heute abend 8½ Uhr statt. Niemand fehlt.

Teuerungszulagen nach dem Vorbilde des Reiches und Preußen auch den Lübecker Beamten zu gewähren, hat ein Erstuch zum Gegenstand, welches der Bürgerausschuss gestern an den Senat zu richten beschloß.

**Ehöhte Unterstützung von Kriegerfamilien.** Der Bürgerausschuss hatte sich in seiner gestrigen Sitzung mit einem Senatsdeikt zu beschaffen, in dem es heißt: In seiner Versammlung am 8. März 1918 hat der Bürgerausschuss an den Senat das Erstuch gerichtet, staatliche Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine erhöhte Unterstützung von Kriegerfamilien zu ermöglichen, wenn die bestehenden Sätze im einzelnen Falle nicht ausreichen. Die Abteilung IV des Roten Kreuzes, der dieses Erstuch zur Ausübung überwiesen ist, hat sich auf Grund eingehender Prüfung davon überzeugt, daß sich infolge der eingetreteten Preissteigerung vieler Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände eine Erhöhung einzelner und von der Abteilung gewährter Unterstützungen vernünftig erübrigt. Nach ihrem Berichte wird die Erhöhung in erster Linie bei den Mietzuschüssen vorzunehmen sein, und zwar in der Art, daß die Kriegerfrauen einen wesentlich geringeren Teil ihrer Kriegsunterstützung für diesen Zweck aufzunehmen haben. Ferner wird es für zweckmäßig gehalten, kleine Verdienste bis zu 20 Mk. im Monat auf die Mietzuschüsse überhaupt nicht in Rechnung zu bringen, was auch dem Wunsche meiter Kreise der Unterstützung selbst entspricht. Ob sonst noch in erhöhtem Maße Hilfe geleistet werden muß, soll auch in Zukunft von der Prüfung des einzelnen Falles abhängig gemacht werden. Die Abteilung IV des Roten Kreuzes hat sich infolgedessen genötigt gesehen, für Mietzuschüsse zum 1. Juli 1918 den doppelten Betrag wie bisher und auch im übrigen die Bewilligung erhöhter Summen zu beantragen; sie hat auch zugleich darauf hingewiesen, daß vom 1. Oktober 1918 ab größere Mittel notwendig sein werden, weil jedenfalls zum Winter für Feuerung und Kleidung erhöhte Unterstützungen in Betracht kommen werden. Für die Monate Juli, August und September stehen der Abteilung folgende Ausgaben bevor: 1. an Mietzuschüssen für den Johannisthermin 160 000 Mk., 2. an Krankenlazisbeträgen 6000 Mk., 3. für Aerzte und Krankenhaus 30 000 Mk., 4. für Kleidung 15 000 Mk., 5. sonstige Kosten (drei Monate je 15 000 Mk.) 45 000 Mk., zusammen 256 000 Mk. Hierpon sind die Kosten (56 000 Mk.) abzuziehen, welche die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen übernimmt. Von den verbleibenden 200 000 Mk. zahlt das Rote Kreuz ein Zehntel mit 20 000 Mk., sodass also ein Rest verbleibt von 180 000 Mark. Die Abteilung hat gebeten, ihr diese Summe zur Verfügung zu stellen. Der Bürgerausschuss gab einem entsprechenden Antrage des Senates seine Zustimmung. Selbstverständlich sind damit die Wünsche der minderbemittelten Kriegerfamilien nicht erfüllt, die am 11. April in einer sehr stark besuchten Frauenversammlung entschiedenen Protest gegen den Beschluss der Bürgerschaft vom 25. März 1918 einlegten, durch welchen die beantragte Erhöhung der Unterstützungsstücke für die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen abgelehnt worden ist. Sie (die Versammlung), so heißt es wörtlich in der damaligen Entschließung, erklärt, daß die jetzt in Lübeck gezahlten Unterstützungsstücke angesichts der teilweise wucherhaften Preise für die zum Lebensunterhalt notwendigen Gegenstände in keiner Weise ausreichend sind, um des Lebens Notdurft auch nur einigermaßen zu befriedigen. Die Versammlung erklärt ferner, daß die in Aussicht genommene Regelung erhöhter Zuwendungen an die Kriegerfamilien durch das Rote Kreuz nicht den billigerweise an den Staat zu stellenden Anforderungen der Kriegerfamilien entspricht. Mit Rücksicht auf die Opfer, welche sie dem Staat durch die Einberufung ihrer zum größten Teil in steter Lebensgefahr schwappenden Lieben zu bringen haben, ist nicht Wohlthatigkeit, sondern ein Rechtsanspruch am Platze. Aus diesem Grunde erwartet die Versammlung, daß die Bürgerschaft den seinerzeit geschaffenen Beschluss einer Revision unterzieht und den Kriegerfamilien eine den Zeitverhältnissen entsprechende generelle Erhöhung ihrer Unterstützungsstücke gewährt. — Letzteres ist noch nicht geschehen.

**Die Unterstützung von Kriegshinterbliebenen** betraf ein Antrag des Senates, der verlangt, daß dem Ortsausschuss der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen zur Unterstützung von Kriegshinterbliebenen für die Monate Juli, August und September 1918 der Betrag von 11 000 Mk. aus den durch Rat- und Bürgerstift zu „Kriegszwecken“ zur Verfügung gestellten Mitteln bewilligt werde. Der Bürgerausschuss gab gestern hierzu seine Zustimmung.

**Der Bewilligung von Mitteln für Einquartierungszwecke** stimmte gestern der Bürgerausschuss zu. Die Steuerbehörde, Abteilung für das Einquartierungswesen, hat nach dem Senatsantrage die Genehmigung dazu erbeten, daß den Quartierwirken für die Hergabe und Bereithaltung von Räumen zu Massenquartieren, wie es bisher geschehen ist, so auch ferner ein Zuschuß von 10 Pf. für den Kopf als Entlastung für die durch die hohen Preise und Löhne sowie durch die Abmühung ihrer Räume ihnen entstehenden Aufwendungen gewährt werde und daß ihnen ferner die Kosten des Müllablasses, den sie für den in ihren Massenquartieren erfolgten Mehrverbrauch von Gas und elektrischem Strom nachweislich zu entrichten haben, erstattet werden. Sie hat gleichzeitig berichtet, daß vom Staat im laufenden Rechnungsjahre für Einquartierungszwecke voraussichtlich etwa 500 000 Mk. aufgewandt werden müssen. In diesem Betrage sind die oben erwähnten Zahlungen einbezogen. Die Behörde hat die Bewilligung dieser Gesamtsumme mit dem Hinzufügen beantragt, daß vom Reich auf Grund der §§ 29 ff. des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 schätzungsweise 300 000 Mark nach dem Friedensschluß werden erstattet werden. Der Senat hat sich mit der Weiterzahlung des Zuschusses von 10 Pf. und mit der Erstattung der Kosten des Mehrverbrauchs von Gas- und elektrischem Licht einverstanden erklärt und fordert dafür den Betrag von 500 000 Mk. aus den zu „Kriegszwecken“ bewilligten Mitteln. Damit erklärt der Bürgerausschuss sich einverstanden.

**Weitere drei Millionen für außerordentliche Kriegszwecke** verlangte ein Senatsantrag, den der Bürgerausschuss gänzlich der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfahl. Bisher sind schon 9 Millionen Mark für diese Zwecke bereitgestellt worden.

**Der Ankauf des Hotels „Kaiserhof“ für Zwecke des Polizeiamtes,** der vom Senat beantragt war, beschäftigte gestern den Bürgerausschuss. Entsprechend einem Bericht seiner Kommission kam der Bürgerausschuss zur Ablehnung des ganzen Projektes. Die Kommission sah als Folge der Vorlage eine erhebliche dauernde Mehrbelastung des Staates; sie meint weiter, daß dadurch auch nicht die Gemüthlichkeit gegeben wäre, nun den kostspieligen Neubau des Verwaltungsgebäudes auf zehn oder fünfzehn Jahre hinauszuschieben, und bezeichnet schließlich auch den für das Grundstück geforderten Preis als zu hoch.

**Der Bürgerausschuss** beschloß in seiner gestrigen Sitzung, die Beurteilung über alle ihm zur näheren Prüfung von der Bürgerschaft überwiesenen Initiativvorschläge, darunter den alddeutsch-nationalsozialistischen Erboderungs- und Kriegserhöhungsvorschlag zu vertagen. Angenommen wurden die folgenden Senatsanträge: Bewilligung von 3203,40 Mk. an die Vortheilserhaltung des Waisenhauses zur Beduldung von vertretungsweise angenommenen Lehrkräften in der Waisenhauschule sowie zur Gewährung von Kriegsleistungszulagen an die Lehrer und Lehrerinnen dieser Schule im Rechnungsjahre 1917; Kostenarbeiten im Staatsarchiv (Kosten 2000 Mk.); Instandsetzung des Garrentestuhls der Stadthalle (Kosten 1500 Mk.).

**Kein Militärarbeitsdienst für Krankenheime.** Aus unserer Erfahrung geht uns Beobachter darüber zu, daß sich auch im Landkreis Lübeck das Interesse an Krankenheimen

# Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 16. Mai. (Amtlich.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Nach Abschluß der gestrigen Infanterie-Geschüte nördlich vom Kemmel, in denen wir die Franzosen aus östlichen Infanteriestellungen wieder zurückgeworfen, standen der Artillerie-Linie im Kemmelgebiete ab. Auch an den anderen Kampfräumen ließ die Artillerietätigkeit nach. Gestige Feuerüberfälle dauerten gegen unsere Infanteries- und Artilleriestellungen beiderseits des La-Basse-Kanals, sowie zwischen Somme und Aire an. Auf dem Westen: Der Vorstoß des Feind gestern früh auf den Seecat-Wald mit starken Kräften vor, unter schweren Verlusten wurde er zurückgeschlagen.

In der übrigen Front kleinere Vorfeldkämpfe.

Starke Fliegereinvasion an den Kampfräumen führte zu zahlreichen Luftkämpfen. Wir schossen 33 feindliche Flugzeuge ab. 14 von ihnen brachte wiederum das früher von Frhrn. v. Richthofen geführte Jagdgeschwader zum Absturz. Vtr. Windisch errang seinen 20. Luftsieg.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

eine Gebühr bezahlen lassen. Schon im Jahre 1916 hat das Kriegsministerium auf eine Beschwerde des Provinzialverbandes schlesischer Ortsfrankenkassen folgenden Bescheid erteilt:

Kriegsministerium.

Medizinal-Abteilung.

Berlin W. 86, 14. Juni 1916.

Leipziger Straße 5.

Auf das gefällige Schreiben vom 5. Juni 1916 wird ergebenst erwidert, daß schon durch den Erlass vom 15. September 1915 — Nr. 1834/9 15. M. A. — die Militärärzte angewiesen wurden, auf Ansuchen von versicherten kranken Heeresangehörigen die Krankenheime unentgeltlich auszufüllen.

Es wird erachtet, Namen und Truppenteil der Aerzte, die entgegen der erwähnten Verfügung für die Ausstellung der Krankenheime Bezahlung fordern, hierher mitzuteilen, damit für Abstellung gesorgt werden kann.

Neue Zehnpennigstücke aus Zinn. Der Reichskanzler ist ermächtigt worden, zum Erlass einzuzeichnender 10-Pfennigstücke aus Nickel weitere 10-Pfennigstücke aus Zinn in Höhe von 10 Millionen Mark herstellen zu lassen.

Die Metallentzehrung ist unauffindbar. Amtlich wird mitgeteilt: Die Nachricht von der großen Kriegsbeute, die die deutsche Offensive im Westen im Monat März einbrachte, hat in der Heimat die Aufsässigkeit erweckt, daß nun die Durchführung der behördlichen Befehlsmachungen über Metallmobilisierung, insbesondere von Einrichtungsgegenständen nicht mehr notwendig sei oder zum mindesten verlangt werden könne. Einige Kommunalverbände haben sogar die Weiterdurchführung der Befehlsmachung eingestellt. Der Nachricht über die Beute wird eine Tragweite beigegeben, die in dieser Form nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, denn die Kriegsbeute im Westen besteht nicht in einem Lage von Kupfer, Messing, Nickel, Aluminium, sondern ist in Gestalt von Geschützen, Maschinengewehren, Minen- und Granatwerfern, Geschossen mit Führungsringen, Teilen von Maschinen und anderem Kriegsgerät in unsere Hände geraten. Hieron werden die gut erhaltenen Geschütze, Maschinengewehre usw. mit ihrer Munition ohne weiteres sofort von unserem Heer gegen den Feind verwendet, ein anderer Teil der Beute erst nach Umbau. Nur aus den unbrauchbaren Geschützen kann können die Metalle ausgebaut, gesammelt und zurücktransportiert werden, um in der heimathafte Kriegswirtschaft verwendet zu werden. So ist durch die Kriegsbeute zwar eine erhebliche Stoßgerung unserer sofort verwendungsfähigen Kampfmittel erreicht, aber keine solche Erhöhung unserer zur weiteren Neuerstellung nötigen Metallvorräte, daß die Metallmobilisierung in der Heimat dadurch überflüssig wäre. Berücksichtigt muss auch noch werden, daß die Metallmobilisierung in der Heimat ja nicht nur die unmittelbaren Bedürfnisse der Armee und Marine, sondern auch die der Hilfsindustrie und die notwendigsten der übrigen Industrie befriedigen muß. Wie sehr auch die Metallentzehrung und Absicherung in die bisherigen Beziehungen des privaten Haushalts und Geschäftes eingreift, die durch eine Veränderung der zur Verfügung stehenden Edelmetalle unsere Kriegsführung treffen würden, wären weit schwerer zu ertragen.

**Leichenüberführungen aus dem Felde.** Täglich gehen beim General-Kommando Anfragen ein, in denen um Mittelzug, das früher erachtet wird, wann der Erledigung gestellter Rückführungsanträge entgegengesehen werden kann, oder in denen um beschleunigte Erledigung gebeten wird. Alle diese Anfragen und Erinnerungen sind zwecklos und können nicht bearbeitet werden. Das Stell. Generalkommando, von dem aus die Weitergabe an die zuständige Feldbehörde ohne jeden Aufschub erfolgt, hat auf die weitere Erledigung der Anträge keinen Einfluß. Diese erfolgt vielmehr durch die genannten Feldbehörden, nach zuvoriger Prüfung aller Lebendführungs möglichkeiten. Die Entscheidung gelangt demnach wieder an das Stell. Generalkommando, von wo sie dem Antragsteller unverzüglich zugeht.

**Der Norddeutsche Gastwirtschaftsverband** hieß am Mittwoch in Hamburg eine Kriegstagung ab, die sehr zahlreich besucht war. Es waren die Orte Hamburg-Altona, Wandsbek, Lübeck, Mölln in Lauenburg und Kattentiefen durch insgesamt 23 Bevölkerungsbürgertum vertreten. Nach Erstattung des Berichts des Verbandsausschusses durch den Verbandsvorstand und Verlesung der Jahresrechnung, die einen Überschuss von 617 Mk. und einen Vermögensbestand von 112 683 Mk. ergab, wurde nach Annahme einiger interner Anträge eine Erhöhung des Verbandsbeitrages beschlossen.

Hauptpunkt der Tagesordnung waren die neuen Steuervorschriften. Nach einem ausführlichen Referat des Verbandsvorstandes und eingehender Ausprache wurden Entschließungen gefasst, in denen bezüglich des Branntmannmonopols verlangt wurde, daß vor allem die Bestimmung, nach welcher das Verarbeiten von Weinbrandwein ausschließlich durch das Reich geschehen soll, befehligt oder gemildert werden müsse. Das Recht der Fabrikation müsse aber den Witten weiter allen Umständen gesichert bleiben, und zwar umso mehr, als der Gesetzgeber nur den Brennerei- und Fabrikanten, nicht aber den Witten Entschädigungen gewähren wollte.

Für den Witten in der Verwaltung des Brannweinmonopols müssten auch Vertreter des Gastwirtschaftsgewerbes verlangt werden. Den Witten müsste es gestattet sein, wie bisher auch in Zukunft Brannwein in kleinen Gefäßen bis zu 10 Liter abwärts zu verkaufen. Über die Biersteuer fand eine Entschließung Annahme, in der die von der Regierung vorgeschlagenen Steuersätze als viel zu hoch bezeichnet werden. Ferner wird verlangt, daß der Bundesrat bei der Festsetzung des Stammtürzgehaltes der Bierstube, Bier- und Starkbier auch Vertreter des Wirtsgewerbes als Sachverständige zur Rate zieht; auch müsse die kommunale Besteuerung des Bieres durch Biersteuer verboten werden.

Am Schlus wird noch der Zeitpunkt des 1. Oktober 1918 als viel zu früh für das Inkrafttreten des Gesetzes bezeichnet und die im 1. Februar 1918 festgestellte Fortentwicklung bestätigt. In bezug auf die Biersteuer wurde gefordert, daß im Biersteuer ein Paribus aufgenommen werde, in dem es klar und deutlich ausgedrückt werde, daß die Witten als Brannwein im allgemeinen Biersteuer einzutragen. Was die Struktur auf die allgemeine Biersteuer einwirkt, müsse gegen deren Höhe im Interesse des Wirtstandes, der durch den infolge der enormen Steuerfälle eingeschränkt wird, aufgewogen werden, auch sollte nicht übersehen werden, daß die Brannweinfirmen jederzeit der Wirkung der Steuer dadurch entziehen können, daß sie durch Mischung von Bier, Wasser und Mineralwasser aus den Verhandlungen von Bier auscheiden.

Der Verbandsvorstand wurde auf das energische Gegenseitige Verhalten der Witten aufmerksam gemacht. Die Witten sind in der Biersteuerfrage sehr hart gegen die Brannweinfirmen. Kein Bierarbeitsdienst für Krankenheime. Aus unserm

steuerung von Bier, Brannwein und Mineralwasser zu protestieren. Bei den Vorstandswahlen wurde der bisherige Verbandsvorsteher C. Meibohm einstimmig wiedergewählt.

Preise für Frühobst und Frühgemüse. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat die Richtpreise für Frühobst und Frühgemüse festgelegt. Diese Preise sind solange gültig, bis die für das heisige Staatsgebiet zuständige Preiskommission die Höchstpreise festgesetzt hat. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Überarbeitung dieser Erzeugerrichtspreise sowie der mit den üblichen Frischlöhnen auf dieser Grundlage zu berechnenden Groß- und Kleinhandelspreise krasse ist. Z. E. ist für Stachelbeeren bei einem Erzeugerrichtspreis von 35 Pf. für den Großhandel nur ein Preis von 10 Pf., für den Kleinhandel ein solcher von 50 Pf. zulässig.

**Landaufenthalt für Stadtinder.** Da im vorigen Sommer die auf das Land entstandenen Kinder so schön erholt wieder zurückkehrten, haben sich in diesem Jahre noch weit mehr meldet, aber leider fehlt es sehr an Pflegestellen. Außer kleinen zarten Kindern, denen eine Erholung sehr nötig wäre, sind da auch noch eine ganze Reihe von größeren Knaben und Mädchen, die sich gern im Hause und bei Kindern, auf dem Felde und beim Vieh möglich machen würden, wenn sich nur Landleute finden, die sie bei sich aufnehmen wollen. Wer Lust und Zeit dazu hat, kann sich selbst ein Kind hier ausuchen; auch kommen alle Kinder zunächst sozusagen auf Probe und können wieder ausgetauscht werden, wenn sie aus irgend einem Grunde nicht gefallen. Wer solchen kleinen Helfer noch aufnehmen kann und will, der melde sich daher baldmöglichst bei dem Jugendamt, Abt. für Landaufenthalt für Stadtinder.

Die Kriegssachen bleiben am 1. Pfingsttag geschlossen.

**Fürstentum Lübeck.** Anmeldung zur Landsturmrolle. Es wird angeordnet, daß diejenigen Landsturmpflichtigen, die in der Zeit vom 1. Januar 1901 bis einschließlich 30. April 1901 geboren sind, bis in der Zeit vom 15. bis 25. Mai 1918 unter Vorlegung ihres Schutzherrschirms beim Gemeindevorstand bzw. Stadtmagistrat ihres Wohnortes anzumelden haben.

**Hamburg.** Die Kriegszielanträge der Großen politischen Kriegerfamilien gestern nach einer lebhaften, zum Teil erregten Debatte, in welcher unsere Genossen Hoffmann und Winnig sowie der liberale Reichstagsabgeordnete Dr. Blunk den Annexionisten manche bittere Wille zu schlagen gaben, zur Annahme; allerdings mit einem abschwächenden Zusatz von liberaler Seite, in dem es heißt, daß angefangene Kriegerfamilien keine unentgeltliche Ausfüllung der Kriegerfamilien ausfüllen. Es wird erachtet, Namen und Truppenteil der Aerzte, die entgegen der erwähnten Verfügung für die Ausstellung der Krankenheime Bezahlung fordern, hierher mitzuteilen, damit für Abstellung gesorgt werden kann.

Neue Zehnpennigstücke aus Zinn. Der Reichskanzler ist ermächtigt worden, zum Erlass einzuzeichnender 10-Pfennigstücke aus Nickel weitere 10-Pfennigstücke aus Zinn in Höhe von 10 Millionen Mark herstellen zu lassen.

Die Metallentzehrung ist unauffindbar. Amtlich wird mitgeteilt: Die Nachricht von der großen Kriegsbeute, die die deutsche Offensive im Westen im Monat März einbrachte, hat in der Heimat die Aufsässigkeit erweckt, daß nun die Durchführung der behördlichen Befehlsmachungen über Metallmobilisierung, insbesondere von Einrichtungsgegenständen nicht mehr notwendig sei oder zum mindesten verlangt werden könne. Einige Kommunalverbände haben sogar die Weiterdurchführung der Befehlsmachung eingestellt. Der Nachricht über die Beute wird eine Tragweite beigegeben, die in dieser Form nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, denn die Kriegsbeute im Westen besteht nicht in einem Lage von Kupfer, Messing, Nickel, Aluminium, sondern ist in Gestalt von Geschützen, Maschinengewehren, Minen- und Granatwerfern, Geschossen mit Führungsringen, Teilen von Maschinen und anderem Kriegsgerät in unsere Hände geraten. Hieron werden die gut erhaltenen Geschütze, Maschinengewehre usw. mit ihrer Munition ohne weiteres sofort von unserem Heer gegen den Feind verwendet, ein anderer Teil der Beute erst nach Umbau. Nur aus den unbrauchbaren Geschützen kann können die Metalle ausgebaut, gesammelt und zurücktransportiert werden, um in der heimathafte Kriegswirtschaft verwendet zu werden. So ist durch die Kriegsbeute zwar eine erhebliche Stoßgerung unserer sofort verwendungsfähigen Kampfmittel erreicht, aber keine solche Erhöhung unserer zur weiteren Neuerstellung nötigen Metallvorräte, daß die Metallmobilisierung in der Heimat dadurch überflüssig wäre. Berücksichtigt muss auch noch werden, daß die Metallmobilisierung in der Heimat ja nicht nur die unmittelbaren Bedürfnisse der Armee und Marine, sondern auch die der Hilfsindustrie und die notwendigsten der übrigen Industrie befriedigen muß. Wie sehr auch die Metallentzehrung und Absicherung in die bisherigen Beziehungen des privaten Haushalts und Geschäftes eingreift, die durch eine Veränderung der zur Verfügung stehenden Edelmetalle und durch eine Veränderung der Beziehungen des privaten Haushalts und Geschäftes erneut beeinflusst werden kann.

**Großröhrsdorf.** Heide- und Moorbrand. In der Gemeinde Großröhrsdorf im Elseler Moor bilden etwa 100 Morgen Heide, Moor und Niederholz einem Feuer zum Opfer, dessen weitere Ausbreitung bei den herrschenden Trockenheit nur mit großer Mühe verhindert werden konnte.

## Theater und Musik.

**Abschiedskonzert Edith Sajis.** Am 1. Februar 1918 fand das letzte dieser ernst strebenden, grundmusikalischen und intelligenten jungen Künstlerin im Stadttheater, wo sie mehrere Jahre wirkte, dabei wir bereits bet

# Ach Hölzgen

einen Jeden, der bei eintretendem Bedarf meine Abteilungen besucht, daß ich in allen Artikeln noch gut sortierte Läger zu vorteilhaften Preisen unterhalte. Nachstehende Beispiele sind beachtenswert:

## Parfümerie

**Haarwasser**  
reinigend und stärk. für die Kopfhaut  
1,25 1,95 2,40 5,50

**Klebenwurzelöl**  
zum Einsetzen des Haarbodens  
1,00 1,20 1,45 2,00

**Haarbürsten**  
prime Borsten  
1,15 1,65 2,75 4,75  
bis 15,00

**Frisiertämmme**  
75,- 1,25 2,40 4,75  
bis 8,75

**Zahnputzer u. Zahnpflege**  
beste Zahnpflegemittel  
20,- 40,- 65,- 1,25

**Mundwasser**  
sehr erfrischend  
1,50 1,75 2,40 2,75

**Hautabtabletten**  
bestes Erhol für Vorar  
2,- 35,- 10,- 60,- 20,- 1,00

**Hautcreme**  
zur Gesichtspflege und Massage  
30,- 50,- 90,- 1,60 3,75

**Sommersprossen-Creme**  
ausprobierter Mittel  
1,50 3,00

**Puderpapier** und fester Puder  
45,- 60,- 1,00 bis 1,50

**Rasierapparate**  
2,75 4,50 6,75  
bis 25,00

**Rasierklingen**  
für jeden Apparat passend  
25,- 40,- 60,-

**Rasierpulver und Creme**  
bester Seifenerhalt  
1,50 2,75 3,00

**Moderne Parfüms**  
von erfassigen Fabrik  
1,35 2,00 3,50 6,75  
bis 30,00

## Papierwaren

**Schrankpapier**  
in blau und weiß  
Stück 10 Meter 80,-

**Küchenstreifen**  
in blau, weiß und rot  
Stück 10 Meter

30,- 40,- 50,- 1,00

**Hefzwecken**

Karton 144 Stück . . . 50,-  
blau Zell. 25 Stück . . 45,-

**Tortenpapier**

Dunkel 95,-

**Pappfeller**

100 Stück 70,-

**Wasserfreppapier**

in verschiedenen Farben  
Stück 3 Meter 1,25

**Seidenfreppapier**

Stück 3 Meter 90,-

**Papierservietten**

25 Stück 75,-

## Bijouterie

**Broschen und Ketten**  
für Kinder in reiz. Ausführungen  
35,- 45,- 65,- 85,-

bis 4,25

**Perlbeutel und Taschen**

für Kinder

1,75 2,25 2,75 bis 5,50

**Hutnadel und Schieber**

10,- 15,- 25,- 45,- 95,-

bis 2,50

**Schleierhalter**

in modernen Ausführungen

40,- 95,- 1,50 bis 3,50

**Fantasi-Broschen**

entzündende Neuheiten

50,- 95,- 150 2,75

bis 6,00

**Kolliers in Silber**

Email und Imitation

95,- 3,75 5,75 10,75

bis 30,00

**Broschen in Bernstein**

Email u. Silber mit echten Steinen

3,50 6,00 7,75 10,00

bis 50,00

**Halsketten**  
Bernstein, Jetoniet u. Korallen-Imit.  
3,75 6,25 11,50 16,50

bis 48,00

**Perl-Halsketten**

mit einfachem u. elegant. Verschluß

1,95 2,75 5,50 7,50

bis 20,00

**Handtaschen**

meiß. in Bast, Seide u. Frotte

1,50 2,75 3,50 5,50 6,50

bis 16,00

**Herren-Uhrketten**

in Stahl, Eisen für Gold-Ketten

2,75 3,25 3,75

**Zigaretten-Etuis**

in Alspaka, Stahl und Nibel

1,50 1,95 2,75 5,75

bis 16,00

**Zigaretten-Spißen**

in modernen Ausführungen

1,35 2,25 2,75 bis 6,50

**Gut Bernstein-Spißen**

für Zigarren und Zigaretten

6,75 7,50 9,75 12,00

bis 17,50

Reichhaltige Auswahl  
in modernem Haarschmuck  
für die neue Frisur

Pfingstkarten  
in größter Auswahl

Größte Auswahl  
in Moire-Taschen, bestickte Seiden-  
pompadours, Perl-Taschen u. Beutel.

# Rudolph Karstadt \* Lübeck.

## Bekanntmachung.

Auf den Abschnitt 25 der Bezugsliste für Gitter des Lebensmittelkartenheftes und das Lebensmittelkartenformular in der Zeit vom 17. bis 25. Mai ein Gitter verabfolgt und entnommen werden. Gültig, den 15. Mai 1918.

(2325)

Das Polizeiamt.

**Unsere Schuh- und Strumpflichtarje**  
sind von Freitag bis einschließlich Dienstag, den 21. Mai, geschlossen. Von Mittwoch ab findet der Unterricht wieder in gewohnter Weise statt.  
Kriegshilfe, Abt. Schuhfürsorge.

## Die Metallannahme des Polizeiamts

Mengstraße 4, ist bis auf weiteres Sonnabends nachmittags geschlossen.

2331

## Kriegsküchen.

Am 1. Pfingsttag geschlossen.

2327

## Heilanstalt Strednib.

Besuchzeit  
für Angehörige der Franken:  
Pfingstsonntag  
von 3 bis 4 Uhr nachmittags  
Sprechzeit für die Besucher  
am Dienstag, dem 21. Mai  
die Brieftüte  
2321

Zeitungsaltonien.  
Anmeldungen zur Teilnahme  
an den diesjährigen Wettbewerben  
der Heilanstalt Strednib vom 23. bis zum  
25. Mai bei dem betz. Sekretär  
zu bewilligen. Spätere An-  
meldungen werden nicht berücksichtigt.  
Der Verstand.

**Bilderleisten**  
einrahmungen  
Oscar Tauchnitz, Glashandlung,  
Fleischhauerstr. 95. Fernruf 2802.

## Feldpostkartenbriefe

hält vorrätig  
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

## Geschmackvoll garnierte Damen-Hüte

zu meinen bekannt billigen Preisen in größter Auswahl.  
**Großes Lager in Kinderhüten** garniert und ungarniert.

## D.Wagner

Holstenstraße 8.

2323

Holstenstraße 8.

## Lansdownes Bekennnis zum Verständigungsfrieden.

Am 8. Mai hielt Lord Lansdowne im englischen Oberhause eine außerordentlich bemerkenswerte Rede, die wir unseren Annexionisten einmal zum eingehenden Studium empfehlen möchten. Im Oberhaus war von Denbigh eine Resolution eingeführt worden, welche die Regierung zu energischen Maßnahmen gegen pazifistische Unternehmungen ermahnt. In der Begründung wendete sich sowohl der Vater der Resolution als auch Lord Beresford scharf gegen jede Form eines Verständigungs- und Verhandlungsfriedens. Ihnen antwortete Lansdowne in treifender Weise. Lansdowne führte aus, der Zweck der Resolution sei offenbar die Herbeiführung eines tadelnden Votums gegen Leute, die nach Denbighs Behauptung einen Kapitulationsfrieden befürworteten. Ob es solche Leute in England gebe, sei ihm, Lansdowne, nicht bekannt; aber er verwarf sie sich dagegen, daß mit ihnen die Befürworter eines Verständigungsfriedens in einen Topf geworfen würden. Scheinbar gelte Denbighs Tadel auch ihm. Er betonte, daß sich seine Teilnahme an der Friedensbewegung auf die bekannten Briefe an die Presse bestränkt habe, an den un längst in Verbindung mit den Friedensfrage abgesetzten Versammlungen habe er nicht teilgenommen. Mit dieser Feststellung wünschte er sich indessen keineswegs von Beauchamp und anderen, die mit ihm zusammenarbeitet hätten, abzuwandern. Diese Männer besaßen seines Erachtens viel klarer Verständnis für die Realitäten der Lage und verdienten Anerkennung für die Zurückhaltung, die sie beobachtet, denn sie hätten, wenn sie gewollt, unschwer gefüllte Häuser haben können, wünschten aber alles zu vermeiden, was während der großen Offensive den Eindruck einer uneinigen Heimfront machen könnte.

Was seine, Lansdownes, Briefe an die Presse angehe, so habe er von ihrem Inhalte nichts zurückzuahmen und für nichts um Begehung zu bitten; sie enthielten kein Glaubensbekennnis. Der Hauptartikel von Denbighs Glaubensbekennnis sei offenbar, daß kein Verhandlungsfriede geschlossen werden dürfe, wie aber erwartet dann der edle Lord das jemals zum Frieden komme? Hoffe er, daß der Friede vom Himmel fallen werde? Nach Denbighs Ansicht gebe es anscheinend nur einen Weg zum Frieden, nämlich durch das, was man landläufig den Knopf entblößt nennt. Aber der Lord und seine Freunde hätten niemals verraten, wie, wann, wie bald und zu welchem Preise dieser Knopf entblößt geführt werden sollte. Inzwischen aber drohte der Krieg an und forderte einen schweren Zoll von den Söhnen des Landes. Aber Denbigh und seine Glaubensgenossen seien nicht nur Gegner eines Verständigungsfriedens, sondern gingen so weit, alle, die zu verhandeln wünschten, von dem Schauplatz der Politik zu verjagen. Wenn irgend etwas von Friedensverhandlungen verlautete, gäben sie diese „Friedensoffensive“ als Friedensfalle aus. Diese Anklüpfung werde niedergeschlagen, ehe sie noch verucht werde, diese Taktik erscheine ihm ganz unverständlich. Ein anderer Glaubensartikel Denbighs sei, daß er jeden Frieden mit dem, was er ein ungezähmtes Deutschland nenne, ablehne.

Was denkt sich Denbigh hierbei? Geht es wäre im vorherigen Herbste durch Verhandlungen ein Friede mit Deutschland zustande gekommen, was wäre dann die Lage Deutschlands gewesen? Seine ursprünglichen Pläne wären bei einer Verlustliste von fünf Millionen vereitelt gewesen. Frankreich und Belgien wären geräumt und andere strittige Gebietsfragen gemäß einem, wie er höre, von der englischen Regierung begünstigten Vertrag einer Friedenskonferenz unterbreitet worden, die sich allmählich in einen internationalen Weltkrieg zur Regelung künftiger Streitigkeiten erweitern sollte. Könnte man sagen, daß ein unter-

Bedingungen dieser Art zustande gekommener Friede ein Friede mit einem ungezähmten Deutschland sei? Nun heißt es, daß die Erörterung dieser Fragen den Feind ermutige, aber der Feind sei auch häufig durch Neuerungen britischer Kabinettsmitglieder ermutigt worden. Sir Lansdowne, halte das für irrelevant, da die Hauptfrage sei, daß man sich die Wirklichkeiten der Lage vergegenwärtige. Eine derselben aber sei, daß ein wahnsinniger Teil der höchst leidenschaftlichen öffentlichen Meinung den ernsten Wunsch habe, daß nichts unversucht gelassen werde, einen schweren, schrecklichen Frieden durch Verhandlungen herbeizuführen. Es werde gelagt, daß derartige Neuerungen in Deutschland als Notsignale mit Befriedigung aufgenommen würden. Aber ihm sei es eine wichtigere Tatsache, daß dadurch nachende deutsche und österreichische Kreise beeinflußt und ermutigt würden, ihrer Entehrungen und der Schlägerei im Kriege überdrüssig seien und einsehen, daß sie bezüglich des Ursprungs des Krieges und der Gründe, warum die Alliierten ihn fortsetzen, getäuscht würden. Im vorherigen erinnere er an das, was Wilson noch in seiner letzten Rede zur Frage eines Verhandlungsfriedens gesagt habe, nämlich: „Vergißt mich nicht noch noch vereit, einen gerechten, ehrlichen Frieden zu erörtern, wann immer er vorschlagt.“ Niemand werde bezweifeln, daß dieser Aufsatz gerecht und gerecht sei. Wie aber könnte man feststellen, daß Friedenvorschläge ehrlich genug wären, wenn man sie nicht in der üblichen Weise der Erörterung prüfen könne? Ein vorbehalt müsse er freilich machen; er gebe zu, daß es augenscheinlich, solange der Titankampf an der Westfront tote, eitel sei, nach Gelegenheiten für eine Erörterung von Friedensbedingungen auszuwählen oder überhaupt daran zu denken, aber er erachte Denbigh, sich reislich zu überlegen, ehe er das englische Volk in eine seines Erachtens sehr gefährliche Situation treffe.

Wenn es, rief der Redner aus, vernünftigen Leuten nicht in die gestattet sein soll, den Mund aufzutun, ohne daß sie Freier gestolzen werden, wenn, sobald Deutschtand von Frieden spricht. Hier gesagt wird, das sei bloßes Gewimmer, wenn, sobald wir vom Frieden sprechen, uns gesagt wird, wir handeln treulos am Vaterland und seien verreilt, seine Ehre zu opfern, um dem Kriege ein vorzeitiges Ende zu setzen, dann würde ich an diesem Bande verzweifeln. Es ist anzubrachten, daß das Volk gelegentlich rot sieht, aber ich hoffe, es wird niemals so rot sehen, daß es jede Erwähnung der Menschlichkeit, des Milieids und des gesunden Menschenverstandes beiseite wirkt.

Curzon antwortete Lansdowne gänzlich abweisend. Er wolle Lansdownes Ansichten über den Frieden, insbesondere die berühmten Briefe an die Presse, bei denen ihm der Zeitpunkt der Veröffentlichung nach mehr mißfallen habe als der Inhalt, nicht näher erörtern. Lansdownes Frage, wie man denn zum Frieden gelangen wolle, wenn nicht durch Verhandlungen, sei eine Binsenwahrheit. Selbstredend würden jedem Friedensschluß Verhandlungen vorhergehen müssen, aber wenn Lansdowne behauptet, die Präliminarien seien noch, ehe sie gemacht, abgewiesen worden, so vermöge er in seiner Erinnerung der letzten Jahre keine historische Grundlage für die Behauptung zu finden.

### Ein offener Brief des Lord Courtney of Penwith.

Lord Courtney of Penwith, der verhindert war, an der Friedensdebatte im Oberhaus am Mittwoch teilzunehmen, legt seine Stellungnahme zu dem Friedensprogramm in einem offenen Brief an den „Manchester Guardian“ dar. In diesem Briefe beschäftigt er sich zunächst mit der Botschaft Lond Georges, die dieser kurzlich vom britischen Heer dem britischen Volk mitgetragen hat: Seid guten Mutes, es steht gut mit uns! Lord Courtney tritt dieser Botschaft vollständig bei, er meint aber dann, daß ein edelmütiger Kämpfer auch seinen Feind

schämen müsse. „Was auch immer das endgültige Ergebnis des Krieges sein wird, der Geschichtsschreiber der Zukunft muß nicht ohne Bewegung den Wagemut, das Führtum und selbst die Erfolge des Feindes zugleich mit der ungeschriebenen Ehrlichkeit und Hesigkeit des Widerstandes der Alliierten niederschreiben. Wir sind unbefiegt und unbewegt sind beide. Keine der beiden Seiten kann überwunden werden, wir können nicht geschlagen werden. Können nicht die Deutschen behaupten, daß sie das Jelje von sich bewiesen haben? Berlin ist unerreichbar. Können wir nicht zugeben, daß wir alle einzeln fühlen, daß weder Mangel in Deutschland noch die Zunahme der Hilfe von Amerika die Zurücktreibung der Deutschen bis zum Rhein zum schließlich Ergebnis haben wird? Wenn wir unsere Stellungnahme auf den grundlegenden Tatsachen der gegenwärtigen Stunde stützen, dann duldet die Frage keinen Widerspruch: Für welchen Zweck müssen wir fortschaffen, die Jugend und das Mannestum Europas zu opfern, seine Zivilisation und das Christentum, wenn es eine Möglichkeit für Verjährung und die Überlegung gibt, die nach dem Stillstand des Kampfes folgen muß? Sollen wir sie ohne Weiteres zurücktreten? Können wir uns weigern, sie bis in ihre Tiefe zu ergründen? Können wir damit beginnen, jede Annäherung von vornherein als unrichtig zu kramarken und jedes Angebot als eine versäumte Falle?“

Lord Courtney möchte niemand wegen verpafter Gelegenheiten in der Vergangenheit verurteilen. Die schreckliche Verantwortung der Entscheidung müsse in dieser Beziehung auf wenigen, nein auf den wenigsten lasten. Dann führt er fort: „Es wird gezeigt werden; beweist nicht die Geschichte der letzten sechs Monate die Unaufrechtigkeit des zurückgewiesenen Entgegengommens? Vor wir auf diese Frage antworten, laßt uns uns selbst ein wenig in Kreuzverhör nehmen. Der Prozeß kann vielleicht ein wenig Licht auf die andere Seite werfen. Ist es nicht wahr, daß der Krieg, die Schlacht uns alle beherrschte hat? Wenn wir uns für einen größeren Vorstoß vorbereiten, wenn wir Fortschritte machen, dann wird der Friedensvorschlag zum Stillstand gebracht, weil der Sieg vor unseren Augen schimmert. Wenn wir zurückgeworfen oder angehalten werden, dann wird der Friedensvorschlag zum Stillstand gebracht, weil er als ein Eingeständnis der Niederlage hingenommen werden könnte.“

Genua so in Deutschland. Die Reichstagsmechtheit, selbst die Sozialdemokraten (?) haben die Juli-Revolte suspendiert, wenn nicht gar beiseite gesetzt, als die Militärs Frieden durch einen Waffensieg versprochen oder zu versprechen scheinen. Die Enttäuschung ist niemals als ungültig erklärt worden, sie kommt als möglich wieder zurück. Wenn der Waffensieg als ein Feindschlag erscheint. Wir sind einander so gleich. Die Sozialdemokraten und die Labour Party, die Nationalliberalen und die liberalen Imperialisten, die Junker und die unberührten Eltern bei uns, einer Tradition Siegreicher Herrschaft, sind Gegenstücke von einander. Es ist Zeit für die Weisen, die Gewählten, die Männer des Intellekts und des Gewissens aller Klassen, sich zu erheben und aus einem nutzlosen Gemegel der Gegenwart herauszuführen.“

### Die Besitzsteuern.

Die Beratungen über die neuen Steuern wurden am Dienstag im Haushaltsausschuß des Reichstages fortgesetzt. Abgeordnete (W.) weiß daran hin, daß ein Reichsdefizit von den Einzelstaaten durch Erhöhung der Matrikelbeiträge aufgebracht werden müsse. Unter diesen Umständen sei es immerhin besser, wenn das Reich finanziell vollständig auf eigene Rüste gestellt werde. Bei dem jetzigen System sind die Einzelstaaten ohnedies in der Verpflichtung über Steuererhöhungen nichts eingerichtet, denn sie müssen immer mit der Gefahr der Abwanderung

## Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.

25. Fortsetzung.

Franz nippte, und die Mutter sagte wie halb lärmend: „Du bist ja schon geworden, Franz, und siehst mich so getrunken an... so... so... so hab' ich dich lieb. Wenn nur der Vater auch so was Gutes hätt', und wenn er dich nur auch sehen könnte! Sein Herz hängt an dir, ach, und du bist jetzt auch mein einziges Kind. Komm, leg deinen Bogen wieder an meinen Rücken. So, jetzt sag, wie kommst denn du daher? Wie ist dir's denn 'gangen?“

Franz schluckte die Tränen hinab, da sie die Mutter so betrüblich sah und dieselbe nicht wieder neu aufregen wollte. Sie erzählte mit möglicher Umgehung alles Erträumende, wie sie das Brautglück erschreckt, und legte zuletzt: „Den heutigen Tag, Mutter, den werde ich nie vergessen. Was ich da alles gedacht und erfahren hab'. O Mutter! Und die Menschen sind so gut, wenn sie einen im Unglück sehen; alle, wo mitgefahrt sind, und in allen Wirtshäusern haben sie mir beigestanden und haben mich getrostet, und hätten mir gern in ossem geholfen. Kommt, legt Euch ein bissle aufs Bett, ich will Euch erzählen.“

Franz trug in starken Armen die Mutter auf das Bett, kamm sie sich daneben, und ihre Hand hältend, begann sie zu erzählen; aber bald merkte sie, daß die Mutter schlief. Sie hielt noch lange still die Hand der Schlafenden und wagte es nicht, sich zu bewegen; endlich legte sie die Hand auf das Kissen, und leise auf den Zehen schleichend, hatte sie sich der Tür genähert, als die Mutter rief: „Kind, wohin willst?“

„Zum Vater.“

„Da muß ich auch mit, ich bin ganz wohlauf.“

Es half kein Abwarten, und nachdem Franz die Mutter wohl eingemummt, verließ sie mit ihr die Post.

### Achtzehntes Kapitel.

Die Wintertage waren so kurz, und der junge Amtsverwalter, der bald seinen Fehler erkannte, daß er die erste Anklage gegen Diethelm in dessen Beisein vernommen, wollte ihm nicht Zeit lassen, sich ein Gewebe von Auslagen zu knüpfen. Er nahm den Gefangen daher noch am Abend ins Verhör und Diethelm war es allerdings schauerlich, als er durch matterleuchtende Straßen hinauf zur Verhörstube geführt wurde. Hier war es noch leer. Diethelm erhielt vom Landgericht den Befehl, sich auf einen Stuhl an der Wand zu setzen, wo gerade hübsche und dräuende Wandleuchter mit brennenden Kerzen ihren Lichtheim ihm ins Gesicht warfen; er wollte wegtrauen, erhielt aber die Weisung, jetzt hier sitzen zu bleiben. In der Stube waren nur noch zwei Richter, am Sitz des Amtsverwalters hinter dem Altarplatte, an dem lagen, grünen Tische, und der Schatten des Gestells breitete sich weithin in die Stube. Diethelm wollte dem Landgericht neben dem Sitz, daß er seinen Vater wohl gekannt habe, aber der Landgerichtsmeister setzte sich ab und wünschte ihm mit der Hand, nichts

zu reden. So saß denn der Angeklagte, die Hände gefaltet, stumm vor sich niederschauend. Endlich näherten sich Schritte aus der Nebenkammer, der Amtsverwalter und der Altar traten ein, ihnen folgten die beiden Gerichtsdipöpen, und diese waren niemand anders als der alte Sternenwirt und der pensionierte Kastenverwalter. Diethelm war ausgestanden und lagte, mit dem Kopfe rückend: „Guten Abend.“ Er erhält keine Antwort; Kraampunkt sah er die Stuhllehne, und seine Zähne klapperten, aber er blieb sie auseinander, und als der Amtsverwalter ihm mit den Worten zuwinkte: „Seht Euch“, tat er dieses, räusperte sich und rieb sich häufig die Hände. Nun begann ein langes Verhör von Kreuz- und Querfragen, und Diethelm war es, als kündigten ihn von alten Seiten schärfe Schwerthiebe; aber er hielte sich ruhig, er antwortete ohne Hast, aber auch ohne Zögern, es war fast, als ob er dem schreibenden Altar Zeit lassen wolle, genau seine Worte aufzuzählen. Auf manche Fragen antwortete er sogar mit spöttischem und herausforderndem Lächeln, und die Lauvenheit des Kastenverwalters gab ihm den gläubigsten, unvorhergesehenen Entlastungsbeweis an die Hand. Alles, was er so klug vorher bedacht hatte, war minder durchschlagend als das, was ihm eine unbedeckte Vergesslichkeit in die Hand wippte; der Kastenverwalter mochte bezeugen, daß er Diethelm für sechshundert Gulden innerstädtische Staatspapiere geliehen habe; diese nun wohl einem Hypothekenchein auf das Wirtshaus zum Waldhorn waren verbrannt.

„Ich weiß wohl,“ schloß Diethelm, „daß das Verbrennen der Hypothek nichts schadet, sie ist im Hypothekenbuch eingetragen;“

die Staatspapiere sind verloren, und diese hätte ich doch ge- wiß leicht gerettet, wenn ich den schlechten Gedanken an Anzünden mir eine Minute gehabt hätte.“

Als der Amtsverwalter erklärte, daß man die Nummern der Staatspapiere, die der Kastenverwalter noch in seinem Buche verzeichnete, in den Zeitungen bekanntmachen und die etwaigen Verlierer bei Vermeidung der Amortisation auffordern werde, da sagte Diethelm: „Was das ist, ich weiß es nicht, ich traue auch nicht daran, es wird sich alles zeigen; wie es scheint, glaubt man mir ja nicht mehr.“ Und das, daß man ihm das Wahlrecht an seinen Angaben bezweifelte, gab ihm immer mehr den Mut, mit letzter Herausforderung zuwiderzutreten. Zuletzt saßte er seine Auslagen dahin, daß er mindestens zehn Stunden abwesend war, als der Brand ausbrach, daß er gerade jetzt in der besten Lage war, da er nicht nur einen schädlichen Verkauf machen konnte, sondern auch durch den Tod seiner Stieftochter ihm eine reiche Erbshaft ins Haus kam; er habe daher nach der Hauptstadt reisen wollen, um den Handel abzuschließen und seine Frau hinzubringen, damit die Mutter in ihrem Schnurr doch endlich ein Kind um sich habe. Dem Wirtshof, daß er über den Aufenthaltsort Wiedards widerstreitende Aussagen gemacht und wohl mit ihm im Einvernehmen gewesen sei, setzte Diethelm die Beleidigung entgegen, daß er im Gegenteil dem Knaben gesagt habe, der alt Schäfer möge zu seinem Sohn hinaufgehen, da er daheim bleiben müsse und mit seinem Bruder leide. In dieser Legge

neuen Zutat fand der Richter eine Handhabe, um Diethelm noch eine gerouhte Weile hin und her zu zerren, aber Diethelm riss sich endlich gewaltsam los und jagte aufstrebend mit mächtiger Zornesflamme: „Ein Ehrenmann wie ich braucht ja eigentlich gar nicht zu verteidigen. Ich bin seit fünfundzehn Jahren Waisenpfeifer und habe für die Waisen georgt wie ein Vater und nie auf meinen Vorfahren gelehnt.“

Diethelm hielt plötzlich mit einem Schrei inne, denn von der Höhe senkte sich eine Flamme und brannte ihm ins Gesicht.

„Was macht Ihr?“ schrie er plötzlich laut auf und fuhr weit zurück, starr auf den Boden und starrte drein, als sähe er ein Gespenst.

„Was macht Ihr?“ schrie er nochmals.

Der Richter sprang schnell von seinem Stuhl auf, fasste Diethelm an der Schulter und fragte mit gebietstem Töne: „Habt Ihr mit sold einer Kerze das Haus angezündet?“

„Ich weiß nicht, was Ihr wollt. Ist das erlaubt? Ich will das zu Protokoll genommen. Darf man mich brennen?“ schrie Diethelm sich aufrechtend.

Der Richter befahl dem Kanzleidiener, die Kerze, die Diethelm beim rauhen Aufstehen von dem Wandleuchter gestoßen, wieder auszusticken, und gab Diethelm, ruhig auf seinem Stuhl zu bleiben und sein Handgelenk zu lassen.

Sich am Stuhle aufrechtend, zog sich Diethelm auf denselben und atmete laut.

„Warum sollt Ihr wegen der Kerze so erschrocken?“ fragte der Richter nochmals, rausch und nahe auf Diethelm zutretend und die Hand gegen ihn ausstreckend.

„Nur gemach, nur gemach,“ wehrte Diethelm ab, „findt Sie vielleicht Feuerfest, Herr Amtsverwalter? Ihr's Ihnen nicht weh, wenn Ihnen ein Licht ins Gesicht brennt, und noch dazu den ganzen Tag, nachdem ja ein Unglück über Sie kommen ist und man jedem Richter hos ist, weil es ja was anrichten kann? Sie können, nein, beim Teufel, Sie müssen mich freisprechen, Herr Amtsverwalter, aber die Schande, daß ich eingesperrt gewejet bin, ich, der Diethelm von Buchenberg, und die Qualen, die man mir antut, die fört Ihr mir nicht wieder gutzumachen. Mich fröstet mir eins; ich bin zu holz gewesen, ich hab' mir auf meinen Ehrennamen vielleicht zu viel eingebildet, ich hab' gedemütigt werden müssen; aber so viel weiß ich, so gut gegen die Menschen bin ich nicht mehr, wie ich gewesen bin. Fragt in Lehwiler noch mit, fragt überall nach mir, und man wird Euch sagen, wer der Diethelm ist. Ich soll geholzen haben anzünden? Ja, das Beste versteht ja ich ja. Der Kastenverwalter da, und der Sonnenwirt und der Kaufmann Göbeler, die können mir alle bezeugen, daß sie mich überredet haben, zu versichern, ich hab' nicht gewollt. Tut das ein Brandstifter? Tut das ein Mordbrenner?“

Sprecht mir leiser,“ ermahnte der Richter, und Diethelm fuhr fort: „Sie haben recht, ja, aber ich möch' laut schreien, daß es die ganze Welt hört, was man mir antut. Jetzt will ich aber nicht mehr reden. Fragen Sie noch, was Sie zu fragen haben.“

*Fortsetzung folgt*

höchstlicher Persönlichkeiten in solche Gebiete rechnen, in denen geringere Steuersätze zur Anwendung gelangen. Praktische und politische Gründe sprechen dafür, daß die einzelfeststehenden Finanzminister sich nicht weiter hantägig gegen die Einführung direkter Reichsteuerstrafen sträuben sollten. Wenn jetzt die vorgelegten Gesetzesvorschläge nicht zustande kommen, dann werden diese Staaten damit rechnen müssen, daß diese Gesetze nach dem Kriege noch viel radikalier ausfallen werden. Den Antrag über die Gewerbesteuer hat der Redner, der Regierung als Material zu überweisen.

Bayerischer Finanzminister Kronthal erklärt, daß er „grundhaft“ mit dem preußischen Abgabeminister einverstanden sei. Steuern, wie der Wehrbeitrag, könnten inhin dem Reich überlassen bleiben, worin nicht unbedingt eine Massenlösung zu liegen braucht. Auch die Konsumsteuer könnte schließlich bestraft werden. Die sozialdemokratische Theorie von der Entlastung der Staaten durch die Konsumsteuer sei durch die Entwicklung längst überholt, weil die Massen heute instande sind, diese Steuern auf die bessenden Klassen abzuwälzen. Der Krieg habe gezeigt, wieviel gewaltige Lasten ertragen werden können und das wäre ein Viergericht für die künftige Entwicklung unserer Steuerpolitik. Es sei richtig, daß das Defizit des Reiches durch Matrikelbeiträge gedeckt werden kann, aber das ist doch immerhin nur ein Weg, dem eine ganze Reihe anderer Wege gegenübersteht.

W. Bernau ein wendet sich gegen die Ausführungen des bayerischen Finanzministers und erklärt, daß das ganze System völlig irrational sei. Die gemeinsame Antrag Gröber geht noch nicht weit genug. Wir müßten noch ganz erheblich darüber aufarbeiten. Die sozialpolitische Tiefpunktigkeit der Bundesstaaten ist heute nur noch eine Illusion. Wir müssen ja auch als möglich dazu kommen, daß wir uns eine einheitliche Steuerabrechnung schaffen. Wir werden nämlich 12–15 Milliarden jährlich aufbringen müssen und dazu müssen jetzt schon die Wege geplant werden.

Sächsischer Finanzminister v. Sodenwitz verteidigt die Steuervorlagen, die von der Regierung eingebaut worden sind, und sieht nachzuweisen, daß die direkten Steuern heute in Deutschland bereits weit mehr heranreagieren werden als die indirekten Steuern. Vor einer Rückkehr des Reiches könne ich dennoch keine Freude sein, weil man immer noch auf eine größere Gelegenheitsförderung rechnen könne. Dem Reich die direkten Steuergesetze zu überlassen, müßte schließlich zu einer Katastrophen führen. Der Redner macht dann vertrauliche Mitteilungen über die Steuererhöhungen, zu denen Sachen in der nächsten Zeit geplant seien wird, und lädt dazu ein, wenn das Reich ebenfalls so stark eingeschränkt werde, mußte man in einer Konfiskation des Einkommens kommen.

W. Gröber meint, daß die Regierung der Weichheit sich offenbar nicht an den Standort hält, daß die Parteien Steuerbefreiungen nicht machen lassen. Wir müssen darauf dringen, daß wir unter allen Umständen eine Kriegserhaltigung bekommen. Zur Bedeutung des letzten Beitrags reichen die vorgelegten Steuern aus. Redner erklärt dann, daß das Reich keine Steuern mehr auf Einkommen und Vermögen. Die verpflichtende Abänderung der Erbsteuer ist für die Konfessionen unannehmbar. Dagegen kann man damit einverstanden sein, daß die Kriegsgefechter ausgeschaut werden unter der Voraussetzung, daß die Landwirtschaft entsprechend gesteckt (!!) wird. Damit ist dann die Kriegsgefahr. Unter die vorbeschlagene neuen Steuern findet zumindest eine verantwortliche Förderung statt. Dann wird der Ausdruck seine Befürchtungen bestreiten.

Der Ausdruck wandte sich dann einem Antrag des Zentrums zu, der von dem Abg. Gröber begründet wurde und der verlangt, daß ein Steuergerichtshof für das Deutsche Reich geschaffen werden soll.

Staatssekretär Groß Kochen erklärt mit der Tendenz des Antrages einverstanden, er könne aber für keine Person sprechen. Der Bundesrat müsse sich erst dazu äußern. Die Vertreter der einzelnen Parteien Abg. Dr. Jürg. Graf Meissner, Abg. Gotheim, Abg. Gaid und Abg. Bernau erklären sich mit dem Antrag einverstanden, der dann auch einstimmig angenommen wird.

**Aus dem Gerichtsraum**

Verurteilter Bucherer. Die Pöhlendorfer Strafkammer verurteilte den Pöhlendorfer Landarbeiter Hermann Wenzel zu 100.000 Mark Geldstrafe. — Der Agent Stein Wozniakowski wurde, vor der Pöhlendorfer Strafkammer wegen Verleumdung der Höchstwelle und unbefugten Verkaufs von Gefangenengen zu 11.500 Mark oder zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Pöhlendorfer Rechtsprechung vor Gericht. Wegen der groben Verhandlungen auf dem Rathaus zu Lübeck, die den Antrag zum Abschluß des Bürgermeisters gab, und wegen deren der Landeskreditdirektor Hahn an sich sah, fand jetzt die Verhandlung über den Wagnisabschluß Sturm statt. Der größere Verhandlungen bestätigt wird. Aus den Verhandlungen ging hervor, daß bei einem Umlauf von 6 Millionen Mark Pöhlendorf nicht gecheckt wurden und nicht die verringerte Kontrolle bestanden hat. Der verantwortliche Verwaltungsführer wurde schwer belastet. Das Gericht nahm an, daß er und Sturm nur wenige Summen unterschrieben haben, die nicht mehr festgestellt sind. Das Urteil lautet auf zweieinhalb Jahre Gefängnis und drei Jahre Entfernung.

St. Bureauteaus treibt auch im Kriege tolle Dinge. Wahrend alle Welt aufgedreht wird, läßt es am mit dem Lichtverbrauch umzugehen, gleichzeitig es, daß jemand bestrafzt wird, weil er zu wenig Lichtverbrauch hat. So fördert ein großes Berliner Bergbauunternehmen dem „B. T.“ folgendes: „Unser Stabswinkel hat, wie ich alle größeren Betriebe, Vertrag mit den städtischen Elektrizitätswerken, wonach wir ein gewisses Quantum an Licht verbrauchen müssen. Dieses Quantum können wir natürlich sehr gut gebrauchen, haben aber im Interesse der Wiederaufstellung des Lichtverbrauchs uns entschlossen, dieser wunderlichen Pflicht nachzuhören, und unserer Revisionstätigkeit diesbezügliche Anordnungen gegeben, die auch gewissenhaft bestraft werden sind. Für die Lichtsteuerbefreiung befahlen wir für den Monat März ein „Strafgeld“ für zu wenige gebrauchtes Licht in der Höhe von 228 Mark. Wir wünschten uns natürlich sofort an die Werke. Unser Benützungsfähiger hatte eine Unterredung mit dem betreffenden Gegner, der sehr lichtsmüdig und lässig erklärt, daß Strafgeld wäre vertragsgemäß und von der Erhebung dieses Strafgeldes könne nicht absehen werden. Natürlich wird nun mehr gebräucht, da dieser Mehrverbrauch bei Verstärkung des Strafgeldes zunimmt — das ist das fülligste dabei — nichts kostet mehr. Das begreife, wer kann! — Das Reich kommt natürlich für Gas und Elektrizität teils hierzu mit, das die Einziehung für den Minderverbrauch an Elektrizität auf Verträgen mit den Elektrizitätswerken beruht, die im Frieden abgeschlossen wurden. Eine Aufhebung dieser Verträge wäre nur durch einen Bundesratsbeschuß möglich, ist aber nicht möglich seit der Wahlnahme.“

Hunderttausend Kronen für acht Jahre Zuschuss. Ein Aufsehenerregender Rechtsfall hat vergangene Woche im norwegischen Storting seinen Abschluß gefunden. Ein Schreinermäster Hool war vor acht Jahren zu einer langen Zuchthausstrafe wegen Mordbrandes verurteilt worden, obwohl er fortlaufend seine Mordhand bestritt. Nach vielen Anstrengungen gelang ihm, eine Revision herbeizuführen, die das Ergebnis hatte, daß seine Unschuld einwandfrei bewiesen wurde. Zwischenzeitlich hatte er aber schon acht Jahre lang unfehlbar im Justizhaus gearbeitet, und es galt daher, ihm neben der moralischen und juristischen Genugtuung auch eine wirtschaftliche Entschädigung zu bieten. Das höchste norwegische Gericht hatte diese mit hunderttausend Kronen ausgleich glatt. In letzter Stunde verlor ein Storchingutteilnehmer, der Stamm aus 50.000 Kronen herabzuzögern, und zwar einen kleinen Widerstand bei allen Parteien, daß der Antrag zurückgeworfen wurde. Der unfehlbare Verurteilte wird somit seine hunderttausend Kronen durch den Staat ausgezahlt erhalten.

Wie viele Menschen beschäftigt der Krieg? Ein französischer Statistiker hat aufgerechnet, daß der Krieg ca. 60 Millionen Menschen ihren gewöhnlichen Tätigkeiten entzogen hat. Etwa 15 Millionen stehen unter Waffen, und ungefähr 15 Millionen beschäftigt die Kriegsindustrie, oder sie sind zu anderen, durch den Krieg hervergebrachten Berufszweigen übergegangen.

Käsefarbe in der Schweiz. Am 1. April wird die Käsefarbe in Kraft treten. Die Monatsration für die Konsumenten beträgt 250 Gramm.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

## Ladenöffnungszeit für Stadtflüchtlinge 1918.

Bank für Handel u. Gewerbe A 100.— W. & C. Boch A 100.— Engel & Mitarbeiter A 50.— Dr. Graentz & Co. A 20.— Freiherr & Schröder A 100.— Detmoldische Feuerwehr A 100.— W. & C. Boch & Co. A 50.— Luis. Schleswig A 50.— Luis. Seifried 100.— Pöhlendorfer Direktion A 100.— Pöhlendorfer & Stancet A 100.— Dr. Graentz & Co. A 500.— Dr. G. Riediger A 20.— Luis. Schröder A 100.— A 25.— Bank und Kästner A 100.— Carl Seifried A 50.— W. & C. Boch. Stancet und Gewerbeverein A 250.— zudem. A 244.—

Das Provinzamt dankt herzlich für diese Beiträge. Weitere Zuwendungen werden auf das Konto „Ladenöffnungszeit für Stadtflüchtlinge bei der Commerzbank erbeten.“ Das Provinzamt.

## Allgemeinheit

laufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei:

## Otto Albers

Markt 4. Kehlmarkt 10.  
Haus des Rot.-Soz. Clubes.

## Hansa-Theater

Operetten-Casspiel  
Samstag, 13. Mai, ab 8 Uhr:  
Die tolle Komödie.

Freitag, 12. Mai, abends 8 Uhr:  
Die tolle Komödie.

Sonntag, 13. Mai, ab 8 Uhr:  
Die tolle Komödie.

Samstag, 19. Mai (Pfingstag),  
abends 8 Uhr: Die tolle Komödie.

Die tolle Komödie.

Mittwoch, 26. Mai (2. Pfingstag),  
abends 8 Uhr: Zum ersten Mal:  
Es ist Liebe im Schnee. Eine  
Operette in 2 Akten von Bernhard

Nachrichten für den  
Nachmittag. Die tolle  
Die Walzerkunst.

Dienstag und Sonnabend 7 Uhr:  
Liebe im Schnee.

Karten erhält man beim  
Buchhändler am Kehlmarkt.

# ELEGANTE PFINGST-KLEIDUNG

## für Herren und Knaben

Durch frühzeitige Abschlüsse in allen Abteilungen noch solide Qualitäten  
in erstklassiger Verarbeitung.

Immer noch große Auswahl in allen Größen,  
Neueste Modeformen. — Mäßige Preise.



### Herren-Anzüge

solide, moderne Stoffe  
1- und 2-teilige Formen

### Herren-Paletots

dunkle und helle Farben.  
Sport- und einfache Formen.

### Herren-Artikel

Herren-Wäsche,  
Krawatten,  
Filz- und Strohhüte  
usw.  
in großer Auswahl.

### Knaben-Anzüge

Schlupfblusen, Jacken,  
Prinz-Heinrich-, Kieler Form.

### Jünglings-Moden

Jackett-Anzüge, Sport-Anzüge,  
mod. Formen; große Auswahl.

## Spille & v. Lühmann

Hauptgeschäft:  
Lübeck, Sandstr.

Größtes Spezial-Geschäft am Platze.

Zweiggeschäft:  
Eutin, Königstr.

## ungelernte Arbeiter und Blauperbeiter, und Arbeiterinnen

in größter Zahl, immer

(2312)

Dreher,  
Schlosser,  
Lokomotivführer,  
Rangierer,  
Heizer,

Koffenführer und Koffenarbeiter.  
Metallarbeiterinische Fabrikarbeiterin Bremer,

Bethen, Bremen, 22.

## Tüchtiger, älterer Werkzeugschlosser,

welcher sich zur Kontrolle der  
Werkzeuge eignet, zu sofortigem  
Aufrück gesucht.

Großherrl., G. m. b. H.  
Boizenburg. 2326

Taschenuhren  
Schmucksachen  
Verleibungs-  
ringe  
W.H. Westfalia

32 Heiligenstrasse 32

## Gewerkschafts-Kartell, Lübeck.

Hierdurch zur Kenntnis, daß die Bureaus

**Arbeiter-Sekretariat,  
Fabrikarbeiter-Verband,  
Metallarbeiter-Verband und  
Transportarbeiter-Verband**

am Sonnabend, dem 18. Mai ds. J. (Pfingstsonntag) um  
1-Uhr mittags geschlossen werden.

Die Kartellkommission.

**Drucksachen aller Art  
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.**